

Pressedienst Nr. 16525
Mittwoch, 10. Mai 2023

Studie: EU-Pläne zur Pflanzenschutzmittelreduktion bringen massive Ertragseinbußen	1
EU-Parlament stimmt für Verlängerung der Handelserleichterungen für die Ukraine	2
Schweinebestand in Dänemark auf 25-Jahres-Tief gesunken	3
Neonicotinoide sind in Zecken- und Flohhalsbändern erlaubt	3
RWA und Raiffeisen Immobilien kooperieren bei Vertrieb von Town & Country-Haus	4
Milchgenossenschaft Niederösterreich lud zum "Next Generation Day"	5

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Studie: EU-Pläne zur Pflanzenschutzmittelreduktion bringen massive Ertragseinbußen

Ernährungssicherheit steht auf dem Spiel - Einkommen für Landwirtschaft sinkt drastisch

Berlin/Straßburg, 10. Mai 2023 (aiz.info). - Der Deutsche Bauernverband (DBV) hat bei der Fachhochschule Südwestfalen ein Gutachten zum Verordnungsvorschlag der EU-Kommission bezüglich der nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR - Sustainable Use Regulation), der mitunter ein Totalverbot in sensiblen Gebieten vorsieht, in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse liegen nun vor und zeigen massive Auswirkungen auf den klassischen Acker-, Obst-, Gemüse- und Weinbau in Schutzgebieten sowie deutliche Ertrags- und Einkommenseinbußen für die landwirtschaftlichen Betriebe. "Das Gutachten macht deutlich, dass die EU-Kommission mit ihren weltfremden Plänen zur Pflanzenschutzmittelreduktion nicht nur die Existenz zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe massiv gefährdet, sondern auch die sichere Nahrungsmittelversorgung in Europa leichtfertig aufs Spiel setzt", betont DBV-Präsident **Joachim Rukwied**

Die deutschen Bauern seien bereit, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln so weit wie praktisch möglich zu reduzieren und hätten in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Fortschritte erzielt. "Es braucht dafür jedoch intelligente und vor allem umsetzbare Lösungen, mit denen die EU auch ihrer Verantwortung bei der Ernährungssicherung gerecht werden kann. Pauschale Reduktionsziele und Kompletverbote sind der gänzlich falsche Ansatz", so Rukwied.

In dem Gutachten wurden die Auswirkungen des SUR-Entwurfs auf die betrieblichen Ergebnisse von Acker-, Futter- und Gemüsebaubetrieben sowie die Folgen für das Anbauspektrum in den betroffenen Gebietskulissen ermittelt. Demnach sind auf Standorten mit hohem Ertragspotenzial Einkommensminderungen von rund 50% zu erwarten. Auf schwächeren Standorten wäre Ackerbau mittelfristig nicht mehr wirtschaftlich tragfähig. Insbesondere der Anbau von Kartoffeln und Raps sowie der Gemüseanbau müssten infolgedessen vielfach eingestellt werden, heißt es in dem Gutachten. Der in Deutschland ohnehin bereits geringe Selbstversorgungsgrad bei Gemüse würde weiter sinken. Auch Futterbaubetriebe müssten je nach Flächenausstattung und Pflanzenschutzintensität mit Ertragsminderungen und somit Grundfutterknappheit rechnen, welche die Betriebe innerbetrieblich nicht vollständig kompensieren könnten.

Einbußen auf guten Standorten am höchsten

Laut dem Verfasser des Gutachtens, **Friedrich Kerkhof** von der Fachhochschule Südwestfalen, sind auf den guten Ackerbaustandorten die Einkommensminderungen bei den wirtschaftlich bedeutendsten Früchten Kartoffeln, Raps, Zuckerrüben und Weizen am höchsten. "Der Anbau von Kartoffeln ist nicht mehr wirtschaftlich, die relative Wettbewerbsfähigkeit von Mais nimmt dagegen zu. Im Ackerbau auf Standorten mit einem niedrigen Ertragspotenzial ist ein Verzicht auf den chemischen Pflanzenschutz wirtschaftlich nicht tragfähig. Im Gemüseanbau steigt das Anbaurisiko durch Schädlinge und Schadpilze erheblich an. Bei Verzicht auf den chemischen Pflanzenschutz wird der Anbau vieler Gemüsearten aufgegeben oder lohnt sich nur bei sehr hohem Preisniveau", erklärt Kerkhof.

EU-Abgeordneter **Alexander Bernhuber** sieht mit der Studie vorangegangene Prognosen und Befürchtungen bestätigt. "Ein pauschaler Verzicht auf Pflanzenschutzmittel würde zu Produktionsrückgängen und finanziellen Einbußen führen. Eine solche Politik der EU-Kommission fördert das Bauernsterben und stürzt uns in die Abhängigkeit von Drittstaaten. Die Kommission darf sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen. Das Gutachten unterstreicht erneut, dass Pflanzenschutzmittel unverzichtbar sind, um eine nachhaltige und produktive Landwirtschaft zu erhalten", unterstreicht Bernhuber.

Das Gutachten steht in einer Lang- und Kurzfassung auf aiz.info zum Download zur Verfügung.
(Schluss)

EU-Parlament stimmt für Verlängerung der Handelserleichterungen für die Ukraine

Zollaussetzung für Agrarrohstoffe bleibt aufrecht

Straßburg, 10. Mai 2023 (aiz.info). - Das EU-Parlament hat gestern, Dienstag, in Straßburg mit 537 Stimmen bei 42 Gegenstimmen und 38 Enthaltungen der Aussetzung von Einfuhr- und Antidumpingzöllen sowie anderen Schutzmaßnahmen für ukrainische Exporte in die EU ab 5. Juni um ein weiteres Jahr zugestimmt. Der russische Angriffskrieg habe den Außenhandel der Ukraine schwer beeinträchtigt, hieß es.

Die Aussetzung der Zölle gilt für Obst und Gemüse, die dem Einfuhrpreissystem unterliegen, sowie für Agrarprodukte und landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, für die Zollkontingente gelten. Industrieprodukte unterliegen im Rahmen des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens seit dem 1. Jänner 2023 keinen Zöllen und sind daher nicht im neuen Vorschlag enthalten.

"Ich unterstütze nachdrücklich die Erneuerung der Handelsliberalisierungs-Maßnahmen, die derzeit dazu beitragen, dass der ukrainische Handel trotz des von Russland verursachten brutalen Krieges fortgesetzt werden kann. Diese Maßnahmen sind von entscheidender Bedeutung für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Ukraine, da wir daran arbeiten, die schrittweise Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt voranzutreiben. Unsere Solidarität mit der Ukraine ist konsequent, transparent und grundsolide und wurde durch den EU-Kandidatenstatus der Ukraine noch verstärkt. Die Zukunft der Ukraine liegt in der Europäischen Union", sagte Berichterstatterin **Sandra Kalniete** (EVP) aus Lettland.

Der Verlängerung der Zollaussetzung, die Mitte des vergangenen Jahres eingeführt wurde, müssen nun noch die EU-Mitgliedstaaten zustimmen. Erst am 2. Mai 2023 hat die EU-Kommission festgelegt, dass kein Weizen, Mais, Raps und keine Sonnenblumen aus der Ukraine nach Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und in die Slowakei exportiert werden dürfen. Zulässig ist lediglich der Transit durch die Länder, die sich zuvor über einen drastischen Preisverfall durch übermäßige Exporte dieser Agrarrohstoffe aus der Ukraine beklagt hatten. (Schluss)

Schweinebestand in Dänemark auf 25-Jahres-Tief gesunken

Hohe Inflation zwingt viele Landwirte zur Betriebsaufgabe

Kopenhagen, 10. Mai 2023 (aiz.info). - Die Zahl der in dänischen Betrieben gehaltenen Schweine ist auf den niedrigsten Stand seit 1998 gesunken. Im ersten Quartal 2023 hat die Zahl der Schweine in Dänemark auf etwa 2,2 Mio. abgenommen, wie die dänische Statistikbehörde laut Dow Jones News mitteilte. Erst im vergangenen Monat hatte der dänische Fleischproduzent Danish Crown 800 Mitarbeiter seines Schlachthofs in der Stadt Sæby entlassen.

Die Inflation mache es dänischen Schweinehaltern immer schwerer, ihre Kosten zu decken, so das Unternehmen. Infolgedessen haben viele Landwirte nicht neu aufgestallt, während andere ihre Tiere in den Lebendexport verkauft haben. Beide Faktoren haben sich bei Danish Crown in den Schlachtzahlen bemerkbar gemacht.

Der Vorsitzende des nationalen Verbandes der Schweinehalter (Landsforeningen af Danske Svineproducenter), **Jeppe Bloch Nielsen**, befürchtet, dass in naher Zukunft noch mehr Betriebe schließen werden. "Diese Zahlen zeigen, dass Danish Crown nicht in der Lage war, den Landwirten einen wettbewerbsfähigen Preis für Schweinefleisch zu zahlen. Das hat dazu geführt, dass die Produktion von Schlachtschweinen für die dänischen Landwirte über einen langen Zeitraum ein Verlustgeschäft war", sagte Nielsen den Medien Finans.

Im übrigen Europa zahlen die Schlachthöfe höhere Preise für die Schweine, was zu hohen Preisen für Ferkel in diesen Ländern führt. Deshalb ziehen es die dänischen Landwirte vor, Ferkel ins Ausland zu exportieren, anstatt sie in Dänemark für die Schlachtung aufzuziehen", sagte er. (Schluss)

Neonicotinoide sind in Zecken- und Flohhalsbändern erlaubt

OÖ Bauernbund zeigt sich verwundert

Linz, 10. Mai 2023 (aiz.info). - Wie der OÖ Bauernbund mitteilt, ist in Zecken- und Flohhalsbändern der systemisch wirksame insektizide Wirkstoff "Imidacloprid" aus der Gruppe der Neonicotinoide enthalten, deren Anwendung in der Landwirtschaft in einigen Kulturen seit einigen Jahren verboten ist. "Seit dem heurigen Jahr ist der Einsatz von Saatgutbeizmitteln auch bei der Zuckerrübe verboten. Den Bauern, die damit äußerst sorgsam umgegangen sind, ist dadurch ein wichtiges Werkzeug für einen erfolgreichen Zuckerrübenanbau abhandengekommen. Sie müssen das jetzt oftmals mit schlechter wirksamen Mitteln und durch mehrmalige Anwendung kompensieren", so OÖ Bauernbund-Direktor **Wolfgang Wallner** und ergänzt: "Das hat daher im Endeffekt nicht nur negative ökonomische, sondern auch ökologische Auswirkungen."

Müssen Landwirt:innen seit dem Jahr 2009 für den Kauf und die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln einen "Pflanzenschutz-Sachkundenachweis" mit Weiterbildungsverpflichtung vorweisen, so gibt es bei der Anwendung von Halsbändern bei Haustieren keine derartige Regelung. "Diese können auch im Internet bestellt werden", zeigt sich Wallner verwundert.

Dass ein gänzlicher Verzicht auf Pflanzenschutzmitteln bei einem wirtschaftlichen Anbau nur schwer möglich sei, würden aktuelle Anbauzahlen bei Raps und Zuckerrübe belegen. So seien von 26.000

ha österreichweiter Rapsanbaufläche nur 180 ha biologisch geführt, bei der Zuckerrübe liege der Bio-Anteil in Österreich bei 900 ha von insgesamt 38.000 ha.

Eigenversorgung Europas gefährdet

Die Europäische Union habe für ihre Mitgliedsstaaten hohe landwirtschaftliche Produktionsstandards vorgegeben. Österreich erfülle diese Vorgaben deutlich und verfüge damit über die weltweit höchsten Umwelt- und Tierhaltungsstandards. "Ständig neue Verbote seitens der EU schränken die europäische Lebensmittelproduktion zusehends ein. Die Umsetzung des EU-Green Deals bis 2030 verursacht Studien zufolge eine Reduktion der Lebensmittelerzeugung von über 20%. Die Folge: Lebensmittel, beispielsweise Zucker, müssen in Zukunft aus Übersee in die Europäische Union importiert werden. Die Produktionsstandards bleiben dabei auf der Strecke. Laut dem Dachverband 'Die Rübenbauern' sind die Zuckerimporte aus Übersee im Jahr 2022 in die EU extrem gestiegen", erklärt Wallner.

Heimischen Qualitätslebensmittel den Vorzug geben

Im EU-Ausland dürften nach wie vor Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, die in der EU schon lange verboten seien. Auch die Höhe der Wirkstoffmenge spiele wegen mangelnder staatlicher Kontrollen und Vorgaben kaum eine Rolle. Das hätte auch eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung des AK-Konsumentenschutzes Oberösterreich ergeben. Hier seien bei rund drei Viertel der getesteten Obst- und Gemüseproben aus Drittstaaten Rückstände von Wirkstoffen, die in der EU verboten sind, nachgewiesen worden.

Wallner appelliert: "Wir können uns nicht eine Messlatte selbst auferlegen, die dann für importierte Lebensmittel nicht gilt. In Europa braucht es daher eine gemeinsame Politik, die unsere Versorgungssicherheit nicht gefährdet. Den Konsumenten rate ich beim täglichen Einkauf auf heimische, regionale Qualitätslebensmittel zu setzen. Denn jeder Griff ins Regal löst einen Produktionsauftrag aus und sichert das Fortbestehen unserer heimischen Landwirtschaft." (Schluss)

RWA und Raiffeisen Immobilien kooperieren bei Vertrieb von Town & Country-Haus

Unterstützung beim Grundstücks- und Hauskauf

Korneuburg, 10. Mai 2023 (aiz.info). - Durch die Kooperation von Raiffeisen Ware Austria (RWA) und Raiffeisen Immobilien (RI) haben Kundinnen und Kunden die Möglichkeit, einen Baugrund und gleichzeitig ein hochwertiges Town & Country-Haus zu erwerben. **Stefan Mayerhofer**, Vorstandsdirektor RWA: "Town & Country-Haus steht für umfassendes Know-how bei der Errichtung von energiesparenden Ein- und Zweifamilienhäusern. Durch die Kooperation mit Raiffeisen Immobilien profitieren die Kund:innen in zweifacher Weise von der professionellen Unterstützung bei der Verwirklichung ihrer Eigenheimträume - sowohl beim Grundstückskauf, als auch beim Hauskauf."

Peter Weinberger, Geschäftsführer von Raiffeisen Immobilien NÖ/Wien/Burgenland und Sprecher von Raiffeisen Immobilien Österreich: "Gemeinsam mit der RWA können wir Häuslbauern das Beste im Doppelpack bieten: Ein Eigenheim in Massivbauweise zu fairen Fixpreisen und Unterstützung bei der Grundstückssuche durch den größten Grundstücksmakler Österreichs."

Die Raiffeisen Immobilien Gruppe (RI) ist die Immobilienmakler-Organisation der Raiffeisen-Bankengruppe und nach eigenen Angaben der größte Makler-Verband Österreichs. Sie wird ab sofort Town & Country-Kund:innen bei der Grundstückssuche unterstützen und im eigenen Portfolio Town & Country-Häuser zum Kauf vermitteln. Im Rahmen ihrer Bauträger-Tätigkeit wird die Gruppe zudem die Systembauhäuser für Eigenprojekte in Ostösterreich einsetzen, etwa für Doppel- oder Reihenhauses-Siedlungen.

Bereits im Februar habe die RWA die FABU Beteiligungs GmbH - Town & Country-Lizenzgeber Österreich - mit dem Ziel übernommen, das Angebot kontinuierlich auszubauen und langfristig die Marktführerschaft in Österreich zu übernehmen. Town & Country-Haus stehe seit vielen Jahren für umfassendes Franchise-Know-how im Bereich Planung, Bau und Vertrieb von energiesparenden Ein- und Zweifamilienhäusern, wird betont.

Schwerpunkt ist der gesamte Bauprozess von Systemhäusern in Massivbauweise, beginnend mit der Akquisitionsphase bis hin zur schlüsselfertigen Übergabe. Die einzelnen Baufortschritte werden dabei vollumfänglich digital abgewickelt. Aktuell werden 250 Häuser pro Jahr errichtet. (Schluss)

Milchgenossenschaft Niederösterreich lud zum "Next Generation Day"

Wirtschaftliche Partnerschaften festigen - NÖM zeigte verschiedene Verarbeitungsschienen

Baden, 10. Mai 2023 (aiz.info). - Die Milchgenossenschaft Niederösterreich (MGN) hat gemeinsam mit der Molkerei NÖM gestern, Dienstag, 120 Milchproduzentinnen und Milchproduzenten zum "Next Generation Day" geladen. "Dieser Tag soll all jenen, die in den letzten drei Jahren die Betriebsführung übernommen haben, zeigen, warum sich die tägliche harte Arbeit lohnt, welche Produkte aus der wertvollen Milch in bester Qualität entstehen und wie auch das NÖM-Team mit voller Einsatzbereitschaft etwas Gutes, zu etwas Besonderem macht", so **Martin Steiner**, Obmann der Milchgenossenschaft Niederösterreich, MGN.

Es seien die Bäuerinnen und Bauern, die zu Beginn der Wertschöpfung Enormes leisten, in kleinster Struktur die Existenz der ganzen Familie absicherten, zum Wohl der Milchkühe laufend an innovativen Ansätzen arbeiteten und zudem maßgeblich an der Landschaftserhaltung mit der Pflege der Weidegebiete, Almen und Futterwiesen über Generationen hinweg beteiligt seien. "Sie tragen nicht nur bedeutende Verantwortung an der nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter unseres Landes, sondern auch Verantwortung entlang der gesamten Wertschöpfungskette", so Steiner.

Wertvolles Wissen wird über Generationen weitergegeben

"Das wertvolle Wissen über Tierhaltung, Landschaftspflege und bäuerlichen Traditionen wird bereits über viele Generationen vertrauensvoll in die Hände der Jugend gelegt, damit diese die Milchwirtschaft im eigenen Familienbetrieb fortführen können", weiß MGN-Geschäftsführer **Leopold Gruber-Doberer**. "Die nachfolgende Generation soll sehen, wie es mit ihrer Milch und der harten Arbeit, die dahintersteckt, in der NÖM weitergeht. Es ist wichtig die gegenseitige Arbeit kennenzulernen, um nicht nur Wertschätzung zu erfahren, sondern auch Verständnis für die Arbeit des jeweilig Beteiligten aufzubringen. Nur so ist eine langfristige gute Partnerschaft auf Augenhöhe möglich und so manche Innovation mit vereinten Kräften umsetzbar", weiß Gruber-Doberer.
(Schluss)